

# Beschluss „unter Schmerzen“ gefasst

Streit um Fördergelder für neue Sporthalle/ Mehrheitskooperation bringt Hermann-Allmers-Halle zurück in die Diskussion

VON MAREN REESE-WINNE

**Cuxhaven.** Es sah nach einem vorhersehbaren Ablauf aus: Am Mittwoch ging es im Ausschuss für Schule und Sport um Fördergelder des Bundes für die Sanierung von Sport-, Jugend- oder Kulturstätten. Sie sollten - im Fall eines Zuschlags - in den Bau einer neuen städtischen Multifunktionshalle nahe dem Sportverein Schwarz-Weiß fließen. Doch die Mehrheitskooperation im Rat sprach sich überraschend dafür aus, diese Gelder nicht zu beantragen und das Projekt auf Eis zu legen.

Sie stimmte damit gegen eine Vorlage der Verwaltung, die Mirco Finck aus der Abteilung Bildung und Sport vorgestellt hatte. Die neue Halle solle den Bedarf decken, der entsteht, wenn die Grimmershörn- und die Hermann-Allmers-Halle aufgegeben werden. Angesichts der Haushaltsnotlage habe die Stadt - bei einer Zusage - die Chance auf eine 75-prozentige Bezuschussung der Gesamtkosten; es verbleibe lediglich ein Eigenanteil von rund 1,89 Millionen Euro, die verteilt auf vier Jahre aufzubringen seien.

Genau dieser Betrag könne der Stadt einmal auf die Füße fallen, befürchtete SPD-Fraktionsvorsitzender Gunnar Wegener, der die „unter Schmerzen“ entstandene Position der Mehrheitskooperation begründete. Unstrittig sei der aktuelle Mangel an Hallen und Sportstätten. Jedoch stünden demnächst mit zwei Kunstrasenfeldern neue wetterunabhängige Plätze für den Fußball zur Verfügung,

Wegener verwies darauf, dass der Landkreis den Ersatzbau der Rundturnhalle nur auf Wunsch der Stadt als Vierfeld-Mehrzweckhalle plane. Gerade in diesen Tagen verhandelten Landrat und Oberbürgermeister über die



Die Mehrheitskooperation will, dass noch einmal die Möglichkeit geprüft wird, die Hermann-Allmers-Halle zu ertüchtigen. Foto: Lütt

notwendige Kostenbeteiligung der Stadt. Dafür - und nicht für den Bau einer weiteren Halle - würden die Mittel der Stadt dringender benötigt. Ausschlaggebend für den Ablehnungsbeschluss sei allerdings die Nachricht gewesen, dass der Landkreis an der neuen Schule am Meer eine weitere Sporthalle errichten werde, in der ebenfalls Hallenzeiten zu erwarten seien.

Wegner empfahl, zunächst zu betrachten, welche Bedürfnisse dann überhaupt noch offen seien. In Anbetracht der Kritik um den Umgang mit alter Bausubstanz wie jetzt beim Eiswerk-Abriß verdiene auch die Hermann-Allmers-Halle eine weite-

re Betrachtung, das könne zumindest eine neue Bauleitplanung ersparen. Und: „Fördermittel gibt es heutzutage viel eher für den Erhalt vorhandener Bausubstanz“, so Wegener.

## „Fördermöglichkeit nicht einfach preisgeben“

Eine Sanierung der Hermann-Allmers-Halle könne sie sich beim besten Willen nicht vorstellen, konterte CDU-Ratsmitglied Melanie Eitzen-Fischer. Natürlich stehe die Vierfeld-Halle im Vordergrund, aber den Verzicht auf eine „tolle Fördermöglichkeit“ halte sie für einen Fehler. Die ehemalige Exerzierhalle aus der Kaiserzeit imponiert seit lan-

gem durch den welligen Boden und eine ansehnliche Liste von Baumängeln. „Wir müssen an die Zukunft denken“, so Melanie Eitzen-Fischer, die schon die notwendigen Prüfungen für zu teuer hielt.

SPD-Ratsfrau Ulla Bergen warnte davor, schon mit der nächsten Halle anzufangen, während noch nicht mal die Vierfeld-Halle in trockenen Tüchern sei. Die Stadt habe außerdem noch diverse andere Großprojekte - wie die Erweiterung von Schulen für den bald verbindlichen Ganztagsbetrieb - zu stemmen. Alles zusammen könne sie nicht finanzieren, ergänzte Gunnar Wegener, zumal die Entschul-

dungsvereinbarung der Stadt bekanntermaßen einen Deckel für Investitionen verpasst habe.

Ausschussvorsitzender Thomas Brunken wies darauf hin, dass im Moment ohnehin alles ungewiss sei. „Wir wissen nicht, was der Landrat und der OB besprechen. Wir wissen nicht, ob wir überhaupt Fördergelder erhalten, wir wissen nicht, was mit der Hermann-Allmers-Halle ist.“ Er sah keinen Grund dafür, die Fördermittel nicht wenigstens zu beantragen. „Wenn man gar nicht erst teilnimmt, vergibt man Chancen“, pflichtete ihm Günter Wichert (FDP) bei. Dennoch wurde die Vorlage der Verwaltung mehrheitlich abgelehnt.